

Machtkampf in Moskau

Oder: was haben Wirtschaftspolitik und Investitionssicherheit mit Ermordung Nemzows zu tun?

von: Prof. Dr. Andreas Steiniger, Ostinstitut/Wismar

Immer häufiger werden die Berichte, dass westliche Unternehmen in Russland Benachteiligungen oder gar Repressionen erfahren. Immer häufiger wird von Seiten der Wirtschaft die Frage gestellt, wie sicher die Investitionen in Russland noch sind. Dabei scheint in der russischen Führung zurzeit ein Richtungsstreit stattzufinden, der nicht nur den Umgang mit der Ukraine und dem Westen betrifft, sondern auch die Wirtschaftspolitik. Auch wenn dies zunächst weit hergeholt scheint: ein Anzeichen für diesen Richtungsstreit könnte der Mord an Boris Nemzov sein.

I. Steigende Verunsicherung der Wirtschaft

Immer häufiger erreichen uns Anfragen oder auch Berichte von in Russland tätigen Unternehmen, die verunsichert sind. Verunsichert wegen der politischen Lage zwischen Westeuropa und Russland, verunsichert wegen der Sanktionen, mittlerweile aber auch verunsichert wegen der Richtung, die Russland wirtschaftspolitisch einschlagen könnte. Ohne wissenschaftliche Daten erhoben zu haben, mehren in den letzten zwei Monaten sich Nachrichten über Steuerprüfungen, Unregelmäßigkeiten bei Wirtschaftsgerichtsverfahren oder Benachteiligungen ausländischer Unternehmen nicht nur bei der Auftragsvergabe, sondern auch bei sonstiger Kooperation mit russischen Behörden.

Vor diesem Hintergrund stellen sich mittlerweile viele Unternehmen die Frage, wie sicher ihre Investitionen in Russland noch sind, insbesondere, wenn sich die politische Situation verschärfen sollte. Immer mehr interessieren sich die Unternehmen auch für die politische Ausrichtung Russlands.

Diese hängt allerdings nicht nur vom Verlauf des Ukraine-Konfliktes ab, sondern vielmehr von der generellen politischen Ausrichtung Russland – und damit auch von der Wirtschaftspolitik. Es mehren sich die Anzeichen, dass gerade um diese Ausrichtung innerhalb der russischen Führung gerungen wird. Auch wenn dies wie eine Spekulation aus einem schlechten Krimi wirkt: eines dieser Anzeichen für einen politischen Richtungsstreit könnte der Mord an Nemzov sein.

II. Innerrussischer Machtkampf

Mittlerweile gibt es wieder so etwas wie eine Kreml-Astrologie, die eigentlich nur aus den Zeiten der Sowjetunion bekannt war. Wenn man den Gerüchten und dieser Kremlastrologie Glauben schenken mag, so habe sich in den Regierungszirkeln bzw. Machtzentren Russlands zwei Parteien herausgebildet¹.

1. Prowestliche Reformer in der Regierung

Da sind zum einen die eher prowestlich eingestellten Reformer, die mit Sorge auf die internationalen Beziehungen und die wirtschaftliche Entwicklung Russlands sehen. Diese Personen dürften sich gegenwärtig vor allem in der Regierung befinden, so insbesondere Wirtschaftsminister Uljukajev und Energieminister Nowak. Dieser Fraktion sind auch bekannte Namen wie der ehemalige Wirtschaftsminister Gref oder der ehemalige Finanzminister Kudrin zuzurechnen. Sie sehen durchaus die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Russlands und denken daran, dass die Abhängigkeit Russlands von der Energie äußerst gefährlich ist. So war unter Medwedjew das zarte Pflänzchen eines Mittelstandes gefördert worden. Sämtliche Programme zur Unterstützung des Aufbaus eines Mittelstandes wurden nach der Wiederwahl Putins wieder zurückgefahren. Auch befürchtet man in diesen Kreisen, dass der Bruch mit dem Westen Russland über Jahrzehnte schaden kann. So kam es auch, dass Uljukajev den Mut hatte, in einem Interview der Wirtschaftspolitik Putins zu widersprechen.²

Auf jeden Fall setzen diese Politiker auf einen wirtschaftsliberalen Kurs, der westliche Unternehmen ins Land lockt und vorteilhafte Rahmenbedingungen schafft.

Wie man allerdings hört, ist diese Gruppe weniger gut mit den Vollzugsorganen vernetzt, so insbesondere den Geheimdiensten verknüpft, so dass sie auch über weniger Schlagkraft verfügen.

2. Die konservative Präsidialadministration

Auf der anderen Seite steht der Block der russischen Präsidialadministration, die – wie es scheint – bisweilen die eigentliche Macht in den Händen hält und auf die Wiederherstellung Russlands Größe gerichtet ist.³ Dabei scheuen sie durchaus nicht davor zurück, die kriegerische Auseinandersetzung in der Ukraine zu befeuern oder die Konfrontation mit dem Westen eskalieren zu lassen. Ein prominenter Vertreter dieser Fraktion dürfte der ehemalige stellvertretende Leiter der

¹ Siehe zu den Reformkräften innerhalb der Regierung u.a. http://antikor.com.ua/articles/14158-eksperty_kremlevskie_jastreby_na_vzlete ; <http://delo.ua/ukraine/kremlevskaja-pticefabrika-rossijskie-eksperty-ocenili-jastrebov-278836/>.

² http://www.bbc.co.uk/russian/business/2014/12/141218_putin_ulyukaev_polemics.

³ Zu den Hardlinern in der russischen Präsidialadministration: <http://imrussia.org/ru/аналитика/мир/2051-победа-силови́ков>.

Präsidialadministration und Vize-Ministerpräsident Igor Setschin sein. Aber auch der ehemalige Vertreter Russlands bei der NATO und jetzige stellvertretende Ministerpräsident Rogosin gehört dieser Gruppe an. Rogosin war derjenige, der zuletzt forderte, die russische Industrie müsse ins russische Kernland – also aus der Ukraine – verlegt werden. Ferner solle man alle Anstrengungen unternehmen, die russische Wirtschaft vom Westen unabhängig zu machen, also Substitute zu schaffen.⁴

Auf jeden Fall sind diese Kräfte nicht an der Beförderung westlicher Unternehmen in Russland und deren Investitionen interessiert. Vielmehr sehen sie in diesen sogar einen Gefahr, nämlich die Gefahr der Abhängigkeit. Sie vertreten die Ansicht, dass man lieber ein schlechtes Auto fahren sollte, dafür aber ein russisches.

Rein spekulativ könnte diese konservativ und gar restauratorisch ausgeprägten Teile der Präsidialadministration ein starkes Interesse daran haben, nicht nur den Konflikt mit dem Westen zu schüren, sondern auch Unruhe zu stiften, um als Ordnungsorgan weiter an Macht zu gewinnen und vielleicht sogar selber demnächst nach der Macht zu greifen. Auf jeden Fall haben die Vertreter dieser Gruppe eher als die Regierung Kontakt zu Geheimdiensten bzw. Strukturen, die reale Macht vermitteln.

3. Putin zwischen allen Stühlen?

Einmal angenommen, Putin sei zwar stark, aber nicht so stark, wie er im Westen immer wahrgenommen wird. Dann wäre es durchaus möglich anzunehmen, dass er zwischen den Machtblöcken der prowestlich orientierten Präsidialadministration und der konservativ nationalistischen Präsidialadministration ständig lavieren muss. Dies würde auch das teilweise widersprüchliche Verhalten erklären: zum einen setzt er sich mit westlichen Politikern zur Lösung der Ukraine-Krise zusammen, zum anderen lässt er aber Waffen liefern. Vielfach werden im Westen hieraus ein perfides Kalkül und eine Hinhaltetaktik geschlossen. Dies ist sicherlich auch ein Element. Vergessen wird aber in der Regel bei der westlichen Betrachtung, dass es möglich ist, dass Putin beide Machtblöcke durch jeweilige Zugeständnisse befriedigen muss, zwischen denen ein Machtkampf tobt. Die Anzeichen mehren sich, dass Putin möglicher Weise selber Schwierigkeiten des Machterhaltes haben könnte. Ein Beispiel hierfür ist das tagelange Verschwinden Putins aus der Presse – oder aber auch ein Mord wie der an Nemzov.

III. Spekulationen

Es ist gefährlich, über die Hintergründe dieses Anschlages auf den bekannten Oppositions-Politiker zu spekulieren. Zu leicht kann man aufgrund der wenigen Informationen und auch wegen möglicher

⁴ <http://tass.ru/ekonomika/1379592>.

Desinformation russischer Behörden in die Irre geleitet werden. Dennoch ist die Frage nicht abwegig, wem dieser Mord nützte und warum er eventuell Zeichen eines Machtkampfes ist.

1. Qui bono?

Zunächst die Frage: wem nützt der Tod Nemzovs? Gewiss, Präsident Putin war sicherlich kein Freund des Kremlikritikers, der mit seiner Art als russischer Lebemann auch persönlich der klare Gegenentwurf zum Präsidenten war. Aber wäre dies ausreichend für einen, vom Präsidenten Putin direkt oder indirekt in Auftrag gegebenen Mord, wie bisweilen in einigen Talkshows suggeriert wurde? Dies ist wohl auszuschließen: Nemzov war nicht mehr wichtig genug für Putin, um zu solchen Maßnahmen zu greifen. Eine solche Relevanz ergibt sich auch nicht aus dem Ukraine-Bericht, den Nemzov vorbereitete und der dem Vernehmen nach mit der russischen Ukraine-Politik hart ins Gericht geht. Selbst die persönlichen Anwürfe Nemzovs, der Putin als mafiös bezeichnete, dürften Putin bei seiner Zustimmung in der Bevölkerung während des Ukraine-Krieges eher kalt gelassen haben. Sicherlich hatte Nemzov Befürworter, jedoch nicht so viele, dass sie Putin hätten gefährlich werden können.

Umgekehrt schadet ein ermordeter Nemzov Putin wahrscheinlich mehr, als dass dessen Tod ihm nützt. Es war klar, dass sofort nach der offensichtlichen Ermordung an dem symbolträchtigen Ort vor den Kreml-Mauern, quasi auf der Treppe zur Macht, sofort erst einmal Putin für das Attentat unmittelbar oder zumindest mittelbar – so durch die Schaffung einer Atmosphäre im Land, die einen solchen Anschlag ermöglicht – reflexartig verantwortlich gemacht werden würde. Insofern spricht hier einiges für die Entlastung des Kreml.

Das einzige, was an dieser Argumentation misstrauisch macht, ist die Tatsache, dass diese Argumentation auf der Linie Putins selbst liegt. Denn dieser geht bei diesem Mord wie auch anderen politischen Morden der jüngeren Vergangenheit immer von der realitätsfernen Überlegung aus, dass das die Oppositionellen ihre eigenen Leute töten, um den Kreml zu diskreditieren. Insofern ist die Annahme, dass der Kreml die Hände hier selber im Spiel hatte, nicht ganz auszuschließen, wenn auch nicht die wahrscheinlichste Variante.

2. Die üblichen Verdächtigen

Was sind dann aber die anderen Möglichkeiten? Tatsächlich wurde ja bereits eine Woche nach der Tat der Verdächtige aus dem Kaukasus präsentiert, wobei die Motivlage völlig unklar ist. Diese Festnahme ist klischeehaft und bedient russische Ressentiments gegen den Kaukasus, der „übliche Verdächtige“ eben. Dies gilt insbesondere, weil überhaupt nicht klar ist, welches Motiv dieser Täter gehabt haben sollte. Dass sich über ein mögliches Engagement Nemzovs bei „Charlie Hebdo“ ereifert haben soll und daher diesen auf offener Straße vor dem Kreml tötete, wirkt arg konstruiert. Kurz: diese Variante glaubt kein Mensch.

3. Mord, um die Krise am Köcheln zu halten

Auffallend ist auch die Tatsache, dass der Mord geschah, kurz nachdem sich die Lage in der Ostukraine ansatzweise zu stabilisieren schien. Das von Merkel, Hollande, Poroschenko und Putin selbst ausgehandelte Waffenstillstandsübereinkommen Minsk II begann durch den Abzug schwerer Waffen langsam zu greifen, was Putin sich auch auf die Fahnen schreiben konnte.

Es macht vielmehr den Anschein, dass es nach der langsamen Umsetzung des Waffenstillstandsübereinkommens einigen Kräften in Russland zu ruhig wurde. Die krisenhafte Stimmung wie auch der Konflikt mit dem Westen, der durch einen Mord an dem im Westen hochgehandelten Nemzov, sollten nicht einschlafen, sondern neue Nahrung erhalten, wenn diese nicht schon durch weitere Kampfhandlungen in der Ukraine geschah.

Nochmals sei betont: es ist rein spekulativ und kann nicht belegt werden. Aber gerade die genannten konservativen, nationalistischen Kräfte könnten ein Interesse hieran haben. Dann wäre der Mord an Nemzov ein Zeichen, ein Fanal, nicht nur an die Adresse des Westens, sondern auch an die der prowestlichen Reformer und letztlich an die Putins selbst, um zu zeigen, was mit Kritikern geschieht.

An dieser Einschätzung ändern auch die letzten Meldungen nichts, Nemzov sei deshalb Opfer einer Vendetta geworden, da er dem Westen bei der Erstellung der Sanktionslisten geholfen habe bzw. diejenigen Namen genannt habe, die nachher auf die Sanktionslisten gesetzt wurden.

IV. Unsichere Zukunft

Insofern ist nicht auszuschließen, dass dieser Mord auch Ausdruck eines hinter den Kulissen tobenden Machtkampfes zwischen progressiven und prowestlichen und konservativen Kräften ist.

Sollte der Waffen in Ostukraine weiterhin schweigen und nicht im Frühjahr eine Offensive in Richtung Mariupol beginnen, so ist nicht auszuschließen, dass zur Aufrechterhaltung der Spannungen insbesondere zwischen dem Westen und Russland wieder Aktivitäten von Seiten nationalistischer Kräfte gegen Oppositionelle, Politiker oder Journalisten stattfinden, die eine Destabilisierung Russlands bewirken sollen.

Auch im Hinblick auf die Wirtschaftspolitik bleibt zu hoffen, dass sich diese Kräfte nicht durchsetzen.